

Afrika - Wer oder was ist AfCFTA?

Von Helge Freyer

(GTAI) AfCFTA steht für **African Continental Free Trade Area**. Grundlage für die AfCFTA ist das Abkommen zur Schaffung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone, das am 21. März 2018 in Kigali/Ruanda von 44 der 55 [Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union \(AU\)](#) ▶ unterzeichnet wurde. Mittlerweile haben insgesamt 49 Länder Afrikas das Abkommen unterzeichnet.

Das Abkommen besteht aus dem eigentlichen Abkommen zur Schaffung der AfCFTA (im Sinne eines Rahmenvertrags) sowie den Protokollen und Anhängen, die integraler Bestandteil sind (siehe Art. 1 des Abkommens). Gemäß Art. 23 des Abkommens treten dieses sowie die Protokolle über den Handel mit Waren (Protocol on Trade in Goods), den Handel mit Dienstleistungen (Protocol on Trade in Services) und das Protokoll über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten (Protocol on Rules and Procedures on the Settlement of Disputes) 30 Tage nach Hinterlegung der 22. Ratifikationsurkunde in Kraft.

Das Abkommen tritt am 30. Mai 2019 in Kraft.

Zum Thema:

- Abkommen zur Schaffung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone ([Agreement establishing the African Continental Free Trade Area \(AfCFTA\)](#) ▶), abrufbar auf der Webseite der Afrikanischen Union in englischer, französischer, portugiesischer und arabischer Sprache
- [Statusliste des AfCFTA-Abkommens](#) ▶, abrufbar auf der Webseite der Afrikanischen Union
- [Webseite der Afrikanischen Union](#) ▶
- [A Business Guide to the African Continental Free Trade Area Agreement](#) ▶, abrufbar auf der Webseite des International Trade Center
- [Mehr GTAI-Informationen zur AfCFTA](#) ▶, abrufbar auf der Webseite von Germany Trade and Invest



Katrin Grünewald | ©
GTAI/Rheinfoto

KONTAKT

Katrin Grünewald

☎ +49 228 24 993 431

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.